

# **Absenkung der Eingangsbesoldung**

Am 06./07. Juli 2010 hat die saarländische Landesregierung in einer Klausurtagung die Eckdaten für den (Spar-)Haushalt 2011 und die folgenden Jahre festgeschrieben.

Was können wir für die Bildungspolitik daraus ablesen?

Was bedeuteten die Absichten der Landesregierung für die Beschäftigten im Bildungsbereich im Besonderen für die ReferendarInnen, die in den nächsten Jahren ihre Ausbildung abschließen?

- Die positive Botschaft aus der Klausurtagung ist: Für das Haushaltsjahr 2011 ist der Bildungsbereich von Sparmaßnahmen ausgenommen.

## **Keine Einsparungen im Bildungsbereich!**

- Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist eine sogenannte Nullrunde bei den Bezügen vorgesehen. Damit treffen nicht zum ersten Mal die Sparpläne der Landesregierung die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (mehrere Nullrunde in den vergangenen Jahren, Kürzung des Weihnachtsgeldes, Wegfall des Urlaubsgeldes, Kürzungen bei den Beihilfen usw.).

## **Dies werden die Gewerkschaften so nicht hinnehmen!**

- Besonders hart trifft den Bildungsbereich das beabsichtigte Herabsenken der Eingangsbesoldung (z.B. von A13 auf A12 im höheren Dienst)! Dies bedeutet eine drastische Schlechterstellung saarländischer JunglehrerInnen gegenüber ihren KollegInnen in anderen Bundesländern. Das kann fatale Folgen für die Qualität der saarländischen Bildung haben. Wenn dies umgesetzt wird, ist zu befürchten, dass besonders in den Mangelfächern die jungen KollegInnen, die im Saarland ausgebildet wurden, in andere Bundesländer abwandern. Besonders hart würde dies die beruflichen Schulen treffen, da in diesem Bereich derzeit schon eine nicht mehr zu vertretende strukturelle Unterversorgung festzustellen ist. Auf der anderen Seite suchen alle Bundesländer händeringend ausgebildete BerufsschullehrerInnen.

Kann es sich das „arme“ Saarland leisten gut ausgebildete Lehrkräfte an andere Bundesländer abzugeben, die bessere Einstiegsgehälter bieten?

Was nützen uns zusätzliche Planstellen an berufsbildenden Schulen, wenn sie mangels BewerberInnen nicht besetzt werden können?

**Wenn dieses Vorhaben umgesetzt werden soll,  
ist mit massivem Gegenwind der  
Gewerkschaften zu rechnen!**